



Wie wurde Deutschland wieder vereint?

GRÜNDE, VERLAUF UND ERGEBNISSE DES DEUTSCHEN EINIGUNGSPROZESSES

INHALT

Vorbemerkungen/Struktur der Unterrichtsreihe

1 Politikdidaktische Hinweise

- 1.1 Methodenkompetenz: Analyse historischer Prozesse
- 1.2 Methodenkompetenz: Analyse nach dem Modell der Interaktionsstruktur
- 1.3 Arbeitsaufträge zu den Methoden

2 Lehrerinformationen: Methoden- und Sachkompetenz/wichtige Arbeitsergebnisse

3 Materialien und Arbeitsaufträge

3.1 Materialien

- M 1 Dimension der deutschen Frage bis zur Wiedervereinigung
- M 2 Gründe für den Einigungsprozess: Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen
- M 3 Gründe für den Einigungsprozess: Die friedliche Revolution im Herbst 1989
- M 4 Ende 1989/ Anfang 1990: Deutsch-deutsche Interaktionen
- M 5 Die staatliche Einheit in der innenpolitischen Kontroverse im Dezember 1989
- M 6 Deutsch-deutsche Kooperation und außenpolitische Abklärungen nach den ersten freien Wahlen
- M 7 Kommentare zur deutschen Wiedervereinigung: François Mitterrand, Margaret Thatcher, Michail Gorbatschow, George Bush

3.2 Arbeitsaufträge für die gesamte Unterrichtsreihe

3.3 Literaturhinweise

www.DDRMythen.de

In der vorliegenden Unterrichtsreihe, „Wie wurde Deutschland wieder vereint?“ informieren sich die Schüler über die Gründe, den Verlauf und die Ergebnisse des deutschen Einigungsprozesses und beurteilen die Ergebnisse im Lichte der politischen Kontroversen, die im Verlauf des innen- und außenpolitischen Prozesses geführt wurden. Dabei erweitern sie ihre Methodenkompetenz, indem sie die Interaktionen der Politiker in Deutschland und auf der internationalen Ebene mit Hilfe des Interaktionsmodells analysieren können.

Es empfiehlt sich folgende Struktur des Lernprozesses:

- Einstieg:** Einstiegsdiskussion: Wie kam es zur deutschen Einheit?
(Vorkenntnisse der Schüler unter Einbeziehen von Methode 1)
- Analyse:** Gründe, Verlauf, Ergebnisse des deutschen Einigungsprozesses
(M1, M2, M3, M4, M6, Methode 2)
- Beurteilung:** Beurteilung der Ergebnisse des deutschen Einigungsprozesses im Lichte der innen- und außenpolitischen Kontroversen (M4, M7)

1. POLITIKDIDAKTISCHE HINWEISE**1.1 Methodenkompetenz: Analyse historischer Prozesse**www.DDRMythen.de*Methode 1*

Frage / Antworten	Ja/ Ost	Ja/ West	Ja/ Ge- samt	Nein/ Ost	Nein/ West	Nein/ Gesamt
Waren Sie schon einmal im anderen Teil Deutschlands?	94	70	75	6	30	25
Sind die Ostdeutschen „Bürger zweiter Klasse“?	74	24	34	26	73	63
Wünschen Sie sich die Mauer zurück?	21	18	19	76	75	75
Sollen Fördermittel nach gesamtdeutschen Bedürfnissen verteilt werden („Ja“) oder soll nur der Osten gefördert werden („Nein“)?	82	89	87	13	8	9

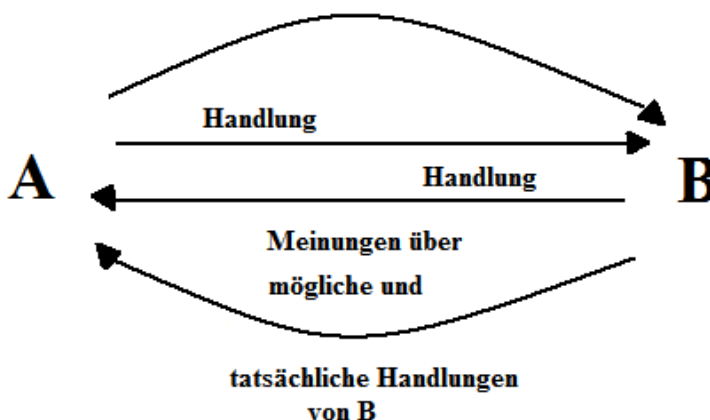
(Daten entnommen aus: Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes TNS-Emnid für N24 anlässlich des 03.10.2007.)

Alle politischen Probleme, Konflikte und Institutionen haben eine historische Dimension. Um die aktuellen Probleme zu verstehen, ist es notwendig, diese historische Dimension aufzuzeigen. Der Umfang und die Intensität dieser Betrachtung hängt von dem Interesse an dem jeweiligen Gegenstand ab. Bei der Behandlung der politischen Institution „Bundestag“ zum Beispiel reicht es, wenn im Rahmen der Sozialkunde Hinweise auf die Erfahrungen aus der Weimarer Republik und über den Übergang zum Nationalsozialismus gegeben werden. Die intensive Behandlung der jeweiligen Epoche erfolgt im Geschichtsunterricht. Es gibt aber auch aktuelle Diskussionen, die nur erklärt werden können, wenn der historische Prozess, der mit dieser Diskussion verbunden ist, auch in der Sozialkunde unter einem bestimmten Erkenntnisinteresse intensiv behandelt werden muss. Das ist bei dem Thema der deutschen Einheit der Fall wie die aufgeführten Fakten (Tabelle) zeigen.

Dabei unterscheidet sich das Erkenntnisinteresse in der Sozialkunde von demjenigen im Geschichtsunterricht dadurch, dass es um die Analyse des Interaktionsprozesses geht, der zu dem jetzigen politischen Zustand geführt hat. Bezogen auf die Herstellung der deutschen Einheit zeigt sich dabei, dass es sich um einen politischen Prozess in Deutschland handelte, der wesentlich durch den Freiheitswillen der Bürger in der ehemaligen DDR und die Veränderungen in den internationalen Rahmenbedingungen beeinflusst war und gleichzeitig diese Rahmenbedingungen wieder veränderte.

1.2 Methodenkompetenz: Analyse nach dem Modell „Interaktionsstruktur“

Will man die Handlungsabläufe in der internationalen Politik genau untersuchen, ist es notwendig, sich in die Situation der beteiligten Interaktionspartner hineinzusetzen. Das folgende Modell soll hierfür eine Hilfe sein:



In dem Modell wird von der vereinfachenden Annahme ausgegangen, dass zwei Interaktionspartner, A und B, miteinander in Beziehung treten und ihr Handeln gegenseitig beeinflussen. Dabei bleibt die Betrachtung nicht bei der in der Alltagsdiskussion oft festgestellten Interaktionsform stehen, nach der die Handlung von A eine Reaktion von B oder umgekehrt eine Handlung von B eine Reaktion von A provoziert. Es wird darüber hinaus nach denjenigen Elementen gefragt, welche das Bewusstsein der Handlungsträger bilden und somit als Motivation für ihr Handeln angesehen werden können.

Danach ist für das Handeln von A bedeutsam, welche Antworten es auf die folgenden Fragen gibt:

Wie sieht B mich? Welche Handlungen erwartet B von mir? Wie wird B handeln? Wie muss ich deshalb meine eigenen Handlungen ausrichten? Wie wird B auf diese Handlungen reagieren?

Da B und A sich die gleichen Fragen stellen und Antworten suchen und darüber hinaus diese Form der Interaktion auf die Interaktionspartner C, D, E,... anzuwenden ist, kann gesagt werden, dass das Handeln der Interaktionspartner durch eine Bewusstseinsbildung motiviert wird, die im Rahmen einer wechselseitigen Interpretation von tatsächlichen oder vermuteten Einstellungen des internationalen Umfeldes bezüglich ihrer eigenen Handlungen oder der Handlungen der jeweiligen Interaktionspartner bestimmt ist.

Das Modell „Interaktionsstruktur“, dem die Annahme der wechselseitigen Perspektivenübernahme zugrunde liegt, wird immer dann bedeutsam, wenn sich zwei oder mehrere Partner in Konfliktbeziehungen befinden, aber auch wenn es darum geht, durch Verhandlungen Konflikte im Sinne eines Interessenausgleichs zu bewältigen.

1.3. Arbeitsaufträge zur Methodenkompetenz

Zum Ausbau und zur Festigung der Methodenkompetenz der Schüler ist es oft sinnvoll, die verwendeten Methoden zum Gegenstand der Reflexion im Unterricht zu machen. Hierzu dienen die folgenden Arbeitsaufträge:

1. Erklären Sie, welche Bedeutung der historische Ansatz in der Politikanalyse besitzt und unter welchen Gesichtspunkten er sich vom Geschichtsunterricht unterscheidet.

2. Zu welchen Erkenntnissen kann die Berücksichtigung des Modells der Interdependenz bei der Politikanalyse führen? Belegen Sie ihre Beispiele auch an den politischen Prozessen in der Bundesrepublik Deutschland.

2 LEHRERINFORMATIONEN: METHODEN- UND SACHKOMPE- TENZ/WICHTIGE ARBEITSERGEBNISSE

Im Folgenden werden die wichtigsten Arbeitsergebnisse auf der Ebene der Sachkompetenz zusammengefasst und weitere Lehrerinformationen gegeben.

Der deutsche Einigungsprozess

Gründe, Verlauf und Ergebnis des deutschen Einigungsprozesses sind nur zu verstehen, wenn man sich die verschiedenen Dimensionen der deutschen Frage nach dem Zweiten Weltkrieg vergegenwärtigt (vgl. M 1; M 2).

Der deutsche Einigungsprozess: Lösung der deutschen Frage

Die deutsche Frage (M 1) wurde im deutschen Einigungsprozess mit ihren staatsrechtlichen und territorialen Aspekten gelöst: Die Verantwortlichkeit der Alliierten für Deutschland als Ganzes und für Berlin war mit den Verträgen zur Deutschen Einheit aufgehoben; auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik Deutschland und demjenigen der ehemaligen DDR besteht seitdem ein souveräner Staat mit Berlin als Hauptstadt.

Die Behandlung des deutschen Einigungsprozesses und seine politische Gewichtung unter der Fragestellung „Wie wurde Deutschland wieder vereint?“ sollte unter folgenden politikdidaktischen Perspektiven durchgeführt werden:

- chronologische Wiedergabe der wichtigsten Ereignisse (zeitliche Abfolge der Ereignisse);
- Gewichtung der innen- und außenpolitischen Aspekte, aber auch deren Verknüpfung und gegenseitige Abhängigkeiten;
- strukturelle Betrachtung, bei der davon ausgegangen wird, dass die an einem politischen Prozess beteiligten Interaktionspartner ihre Handlungsweisen gegenseitig beeinflussen.

Neben den außenpolitischen Rahmenbedingungen und den politischen Veränderungen in der ehemaligen Sowjetunion sowie in den Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes sind bei der Analyse der Gründe und des Verlaufes des Einigungsprozesses auch die Lebensbedingungen in der ehemaligen DDR zu berücksichtigen (vgl. die Unterrichtsreihe „DDR – Nostalgie und DDR – Diktatur: Wie „heimelig“ war es in der DDR?“; vgl. M 3), die zum Protest gegen die SED-Herrschaft und zur friedlichen Revolution führten (vgl. M 3). Da es sich bei dem politischen Prozess, der zur Wiedervereinigung führte, wie bei jedem politischen Prozess um eine Interaktion handelt, sind auch die Aktionen und Reaktionen der Bundesregierung, der EU-Partner (frühere EG – Partner) und der NATO-Partner, besonders diejenigen der USA einzubeziehen (M6).

Damit gilt es, bei der Beurteilung der Problemfrage, welche die Schüler mit Hilfe der Materialien analysieren und beurteilen sollen, die folgenden, **Bedingungen für den deutschen Einigungsprozess 1989/1990 zu berücksichtigen:**

Die Dynamik des deutschen Einigungsprozesses welcher sich in knapp einem Jahr vollzog, hat zumindest *fünf Bedingungen*:

www.DDRMythen.de

- der Freiheitswille der Deutschen in der ehemaligen DDR (den jetzigen Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt), welcher sich in der friedlichen Revolution im Herbst 1989 und in der Fluchtwelle der DDR-Bürger ab Oktober 1989 dokumentierte,
- die Unfähigkeit des von der SED geführten kommunistischen Systems der DDR zu politischen und ökonomischen Reformen, wie sie in anderen Ländern des Warschauer Paktes in Gang gekommen waren,
- die neue außenpolitische Orientierung der Sowjetunion unter Michail Gorbatschow ab 1985, durch welche den osteuropäischen Staaten, also auch der ehemaligen DDR, das Recht auf Selbstbestimmung zugestanden wurde,
- die Unterstützung des deutschen Einigungsprozesses durch die NATO und die EG-Staaten, besonders durch die westlichen Alliierten USA, Frankreich und Großbritannien im Rahmen der Neugestaltung der Beziehungen zwischen Ost und West nach Beendigung des Kalten Krieges (Abbau von Waffen und militärischem Personal in Ost und West sowie politische und ökonomische Kooperation zwischen den Staaten der NATO und den osteuropäischen Staaten),
- die Politik der Bundesregierung Kohl/ Genscher, welche den Demokratisierungs- und Aufbauprozess in der DDR durch massive Hilfe bei der politischen, ökonomischen und sozialen Umgestaltung von November 1989 bis zum Beitritt der DDR am 3. Oktober 1990 und darüber hinaus unterstützte und den Vereinigungsprozess durch ihre Außenpolitik (Klärung der außen- und sicherheitspolitischen Bedingungen in den 2+4-Verhandlungen sowie Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze) absicherte. Die Politik der Bundesregierung setzte andere Akzente als dies bei den Politikkonzeptionen großer Teile der damaligen Opposition der Partei der Grünen und der SPD der Fall war (M 5)

3. MATERIALIEN UND ARBEITSAUFTRÄGE

3.1 Materialien

M1 Dimensionen der deutschen Frage bis zur Wiedervereinigung

Die Verantwortlichkeit der Alliierten (USA, Großbritannien, Frankreich, Sowjetunion) für die Berlin und Deutschland als Ganzes (in den Grenzen von 1937) betreffenden Fragen ergab sich besonders aus dem im Rahmen der Potsdamer Konferenz (17.7.-2.8.1945) beschlossenen Potsdamer Abkommen, in dem die Behandlung des im Zweiten Weltkrieg besiegten Deutschen Reiches durch die alliierten Vertreter Stalin, Truman und Churchill (später Attlee) geregelt wurde.

DAS PROBLEM DER ODER-NEIßE-GRENZE

Die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens, die Oder-Neiße-Grenze, überließen die Alliierten einer späteren Friedenskonferenz, welche im Ost-West-Konflikt nicht zustande kam. Die Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze wurden unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt. Polen und die Sowjetunion gingen im Gegensatz zu den

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

westlichen Alliierten und der Bundesrepublik Deutschland davon aus, dass diese Gebiete zum polnischen bzw. sowjetischen Staatsgebiet gehörten.

www.DDRMythen.de

DAS BERLIN-PROBLEM

Mit dem Berlinabkommen zwischen den vier Alliierten (1971), wurden die Auseinandersetzungen um den Status Berlins vorläufig beendet: Ein Ausgleich zwischen den vorherrschenden Meinungen, Berlin-West sei entweder eine „selbständige politische Einheit“ (Auffassung der DDR-Führung und der Sowjetunion) oder ganz Berlin stelle einen integralen Bestandteil der freien Welt dar (Auffassung der westlichen Alliierten und der Bundesrepublik) konnte dadurch erreicht werden, dass man Berlin-West zwar wegen der alliierten Vorbehaltsrechte nicht als einen „konstitutiven“ Bestandteil der Bundesrepublik Deutschland anerkannte, der Bundesregierung allerdings einen außenpolitischen Vertretungsanspruch einräumte. Die Bindung zwischen Berlin-West und der Bundesrepublik sollte intensiviert werden.

Die Berücksichtigung dieser Dimensionen der deutschen Frage war bis zur Unterzeichnung des „Zwei+Vier-Vertrages“ vom 12.9.1990 unverändert aktuell, weil die Rechte der Siegermächte, entstanden aus der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands 1945, für Berlin und Deutschland als Ganzes unverminderte völkerrechtliche Gültigkeit besaßen.

M2 Gründe für den deutschen Einigungsprozess: Veränderung der internationalen Rahmenbedingungen

VERÄNDERUNGEN IN DER SOWJETUNION UND IN DEN STAATEN DES WARSCHAUER PAKTES

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre veränderten sich die Ost-West-Beziehungen im Sinne einer Verringerung der Konfrontation, die sogar in eine Kooperation einmündete. So wie die deutsche Teilung Ausdruck der Konfrontation zwischen den Warschauer-Pakt-Staaten und den Nato-Staaten war, so zeigte die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahre 1990 das Ende des Ost-West-Konfliktes.

Entscheidend für die Entwicklung aller Veränderungen waren die Reformen von Michail Gorbatschow, der nach seinem Amtsantritt zum Generalsekretär der KPdSU am 11.3.1985 einen revolutionären Wandel des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Systems der Sowjetunion sowie einen Wandel der Außenpolitik der Sowjetunion in Gang setzte.

Seine Politik der Perestroika zielte auf die Umgestaltung, den Umbau von Partei, Staat und Gesellschaft als Reaktion auf die Krisensymptome der Sowjetunion (Ineffektivität der Planwirtschaft, Staatsverschuldung durch Rüstungsausgaben, Korruption in Staat und Gesellschaft u.a.). Die Politik der Glasnost bedeutete Offenheit, Transparenz, Öffentlichkeit und wahrheitsgemäße Darstellung eines Sachverhaltes.

Mit Hilfe von Glasnost wollte Gorbatschow eine öffentliche Unterstützung, eine Mobilisierung für die notwendigen Reformen des Sowjetsystems schaffen.

AUßENPOLITISCHE NEUORIENTIERUNG

Die Sowjetunion hatte sich mit ihrem militärischen Engagement in den Entwicklungsländern, bei der militärischen Konkurrenz mit den USA sowie in ihrer Vorherrschaft gegenüber den ostmitteleuropäischen Staaten ökonomisch völlig überlastet. Da die sowjetische Führung darüber hinaus zur Absicherung ihrer innenpolitischen Reformen ein wohlwollendes internationales Klima und keine Konfrontation benötigte, strebten Gorbatschow und Außenminister Schewardnadse eine Kooperation mit dem Westen an, welche in verschiedenen Gipfeltreffen mit den amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan (1981-1989) und George H. W. Bush (1989-1993) ihren Ausdruck fand.¹

DIE POLITIK DER SOWJETUNION GEGENÜBER IHREN VERBÜNDETEN IN OSTMITTELEUROPA UND DEUTSCHLAND

Das Neue an der Politik Gorbatschows gegenüber den Verbündeten bestand im Verzicht auf die Anwendung von Zwangsmitteln, besonders von militärischer Gewalt, angesichts des Strebens der Völker Ost- und Mitteleuropas nach politischer Selbstbestimmung.

Damit wurde die bisher gültige ideologische Begründung der sowjetischen (kommunistischen) Außenpolitik und somit ein Grund für den Ost-West-Konflikt aufgehoben:

Nach der kommunistischen Theorie über den weltweiten Sieg der sozialistischen Revolution würde der Kapitalismus wegen der Ausbeutung und Verelendung des Proletariats zusammenbrechen und die Proletarier in den kapitalistischen Staaten würden mit der Hilfe kommunistischer Parteien die Herrschaft erringen.²

Lenins Imperialismustheorie enthielt die kommunistische Erklärung für die Außenpolitik der „kapitalistischen Staaten“ und der daraus resultierenden notwendigen Reaktion der sozialistischen Staaten: Da wegen der zunehmenden Ausbeutung und Verelendung des Proletariats der Absatz der Unternehmen und somit deren Profitrate in den kapitalistischen Staaten sinken würde, suchten diese neue Absatzmärkte, besonders in der 3. Welt (die ehemaligen Kolonien und heutigen Entwicklungsländer). Sie stellten deshalb auch eine Bedrohung der „friedlichen sozialistischen Staaten“ dar, welche ihre Abwehrkräfte gegen den expansiven Kapitalismus stärken und die „revolutionären antikapitalistischen Kräfte“ in der 3. Welt unterstützen müssten.

Die Theorie der friedlichen Koexistenz, von Nikita Chruschtschow auf dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 propagiert, begründete die partielle Zusammenarbeit der sozialistischen mit den kapitalistischen Staaten auf diplomatischer Ebene wegen der Gefahr eines Weltkrieges. Sie beinhaltete aber die gleichzeitige Fortsetzung des internationalen Klassenkampfes durch die Unterstützung der kommunistischen Parteien im Westen und durch die Unterstützung des „nationalen Befreiungskampfes“ der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas.

Die **Breschnew-Doktrin** begründete das Interventionsrecht der sozialistischen Staaten gegen das Staatsgebiet eines „sozialistischen Bruderstaates“ damit, dass durch eine

¹ Eine ausführliche Untersuchung über die internationale Dimension der Wiedervereinigung auf der Grundlage interner Gesprächsprotokolle Gorbatschows mit westlichen Politikern liefert Alexander von Plato, Die Vereinigung Deutschlands – ein weltpolitisches Machtspiel. Bush, Kohl, Gorbatschow und die geheimen Moskauer Protokolle, Berlin 2002.

² Der Primärtext von 1905 zur Leninschen Revolutionstheorie ist nachzulesen in: Lenin, Vladimir I., Werke, Bd. 9, 3. Aufl., Berlin 1964, S. 47ff. Weiterführende Darstellungen liefert Weber, Hermann, Lenin in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, 18. Aufl., Reinbek 2004 und Leonhard, Wolfgang / Wetter, Gustav A., Sowjetideologie heute, 2 Bde., Frankfurt a. M. 1962.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

„Konterrevolution“ in einem Land eine „Gefahr für die sozialistische Staatengemeinschaft“ ausgehe; durch diese Gefahr sei die Souveränität des entsprechenden Landes geringer einzuschätzen.

Der Verzicht auf diese ideologisch begründete Macht- und Interessenpolitik der Sowjetunion führte zum Zerfall der sowjetischen Vorherrschaft (Hegemonie) in Mittel- und Osteuropa und förderte den deutschen Einigungsprozess.

Polen

Die Streiks der Gewerkschaft „Solidarität“ (Solidarność) unter Führung von Lech Wałęsa führten zu der Einrichtung eines „Runden Tisches“, zu einem Abkommen zwischen Regierung und Opposition sowie zu Wahlen im Juni 1989, in denen die „Solidarität“ eine überwältigende Mehrheit errang.

Ungarn

Die Reformkräfte setzten sich in der kommunistischen Partei durch, als Karoly Grosz am 22.5.1988 als Nachfolger von Janos Kadar zum neuen Generalsekretär der ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei gewählt wurde.

Die von den ungarischen Reformkräften durchgesetzte Neuorientierung der ungarischen Außenpolitik im Sinne einer Öffnung zum Westen hatte unmittelbare Auswirkungen auf den Verlauf des deutschen Einigungsprozesses. Die Regierung in Budapest, aber auch diejenigen in Prag und Warschau, gestatteten, dass die DDR-Bürger, welche von Mai bis September 1989 aus der DDR in die bundesdeutschen Botschaften in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen geflohen waren, diese verlassen durften und in die Bundesrepublik Deutschland ausreisen konnten.

Außerdem flohen viele DDR-Bürger über die Tschechoslowakei nach Ungarn, das seit Mai den Grenzzaun zu Österreich demontiert hatte, und gelangten so in den Westen.

Tschechoslowakei

Unter dem öffentlichen Druck, zuletzt durch einen öffentlichen Generalstreik, trat am 24.11.1989 das Politbüro zurück und die politische Macht ging an ein Bürgerforum über.

Vaclav Havel, Dramatiker und seit Jahren einer der führenden Bürgerrechtler, wurde im Dezember 1989 Staatspräsident der CSFR und blieb es bis zur Auflösung im Oktober 1992.

Rumänien

Die Streitkräfte widersetzten sich dem Befehl des Diktators Nicolai Ceausescu, auf Demonstranten scharf zu schießen (21.12.1989). Ceausescu floh, wurde gefasst und am 25.12.1989 von einem Militärgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Bulgarien

Am 10.11.1989 führten die Mitglieder des Politbüros einen Staatsstreich gegen den seit 35 Jahren herrschenden Todor Schiwkow durch, der nach seiner Ablösung im Februar 1990 durch den neuen Regierungschef Andrej Lukanow ersetzt wurde.

M 3 Gründe für den Einigungsprozess: Friedliche Revolution im Herbst 1989

In den veränderten internationalen Rahmenbedingungen konnten die Bürger der DDR ihr Interesse an der Verwirklichung der Grund- und Freiheitsrechte öffentlich demonstrieren und ihren Unmut gegenüber dem SED-Regime artikulieren.

www.DDRMythen.de

Flucht tausender DDR-Bürger von Mai-Sept. 1989 über Ungarn, die Tschechoslowakei und Polen in die Bundesrepublik.

Zuflucht der DDR- Bürger in den bundesdeutschen Botschaften von Budapest, Prag und Warschau, aus denen sie nach langen Verhandlungen der Bundesregierung mit der DDR-Führung in die Bundesrepublik ausreisen durften. Ungarn öffnet am 11.9.1989 seine Westgrenze für alle DDR-Bürger. Massenflucht tausender DDR-Bürger, da die SED-Führung weitere Reformmaßnahmen kategorisch ablehnt und das brutale Vorgehen der chinesischen Regierung gegen Demonstranten unterstützt: Innerhalb von 3 Tagen fliehen etwa 15 000 Menschen seit der offiziellen Öffnung der Westgrenze Ungarns.

Bis Ende September 1989 verlassen 30000 DDR-Bürger ihr Land und fliehen über Ungarn und Österreich in die Bundesrepublik. Die Übersiedler werden Bürger der Bundesrepublik Deutschland mit allen Rechten und Pflichten (Einheit der Nation).

Notaufnahmeverfahren: DDR-Übersiedler 1989/90:

Jahr	Monat	Übersiedler
1989	Januar	46000
	Mai	10600
	August	21000
	September	33000
	Oktober	57000
	November	133400
	Dezember	43200
1990	Januar	58000
	Februar	59000
Insgesamt bis zum 3.10.1990 (Tag der Wiedervereinigung)		etwa 260000

(aus: Wewer, Göttrik (Hrsg.): Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung. Gegenwartskunde-Sonderheft 6/1990, Opladen 1990, S. 42f.)

(Wesentliche) Ausreisegründe und –motive in der 89er- und 84er-Übersiedlerwelle (rangskaliert nach 1989, in % der Befragten):

Ausreisegründe	1984	1985
fehlende Meinungsfreiheit	71	74
beschränkte Reisemöglichkeit	56	74
sein Leben nach eigenen Vorstellungen gestalten	nicht erhoben	72
politischer Druck/ Bevormundung und Gängelung durch den Staat	66	65
fehlende oder ungünstige Zukunftsaussichten	45	69
schlechte Versorgungslage	46	56
Familienzusammenführung	36	28
ungünstige berufliche Entwicklungsmöglichkeiten	21	26

(aus: Wewer, Göttrik (Hrsg.): Von der friedlichen Revolution zur deutschen Vereinigung. Gegenwartskunde-Sonderheft 6/1990, Opladen 1990, S. 42f.)

Massendemonstration: Konflikt zwischen der DDR-Bevölkerung und der DDR-Führung

Während von Oppositionsgruppen und von demonstrierenden Bürgern politische Freiheiten, besonders die Reisefreiheit, Abbau der Grenzsicherungen und der Mauer in Berlin gefordert wurden, zeigte die politische Führung der DDR im Gegensatz zu den Regierungen der anderen sozialistischen Staaten keine Bereitschaft zu politischen Reformen: Polizeieinsätze gegen Demonstranten in der DDR sowie die Fälschung der Wahlergebnisse zu den Kommunalwahlen am 7.5.1989 (98,85% für die Nationale Front), die von den Oppositionsgruppen scharf attackiert werden, was zu einem staatlichen Verbot von weiteren Protestdemonstrationen gegen die Wahlfälschung führt. Zum 40. Gründungstag der DDR werden Feiern am 7.10.1989 in traditioneller Weise als Machtdemonstration der SED durchgeführt.

Haltung der Sowjetunion

Gorbatschow wies in Ost-Berlin am 7.10.1989 auf die Notwendigkeit von Reformen hin: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Das Politbüro der SED unter der Führung von Erich Honecker musste im Herbst 1989 davon ausgehen, dass anders als während des Arbeiteraufstandes am 17.Juni 1953, die Sowjetunion weder politisch noch militärisch Gewaltanwendungen gegen demonstrierende Bürger in der DDR unterstützen würde (Grund für die Zurückhaltung der nationalen Volksarmee).

Erfolg der Demonstrationen: Regierungswechsel und Öffnung der Mauerwww.DDRMythen.de

Im Oktober 1989 fanden weitere Massendemonstrationen gegen die DDR-Führung statt. Besonders in Leipzig demonstrierten im Anschluss an kirchliche Friedensgebete Hunderttausende (9.10.1989: 50000 Menschen, 16.10.1989:120000 Menschen).

Die SED-Führung konnte sich dem Druck des Volkes, angeführt von Oppositionsbewegungen (Demokratischer Aufbruch/Neues Forum) nicht länger widersetzen: Erich Honecker verlor nach seinem Rücktritt am 18.10.1989 nach 18 Jahren Herrschaft seine Ämter.

Egon Krenz, der neue Parteichef der SED und Vorsitzender des Staatsrates sowie des Nationalen Verteidigungsrates, versprach nach seinem Amtsantritt am 18.10.1989 „einen gesellschaftlichen Dialog“.

Da die Demonstrationen der DDR-Bevölkerung weitergingen - am 4.11.1989 demonstrierten z. B. auf dem Alexanderplatz von Ost-Berlin etwa 1 Mio. Bürger - öffnete die DDR-Führung am 9. Nov. 1989 die Grenzübergänge zur Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin. Tausende strömten nach der Bekanntgabe der Grenzöffnungen von Ost- nach West-Berlin. Die - nicht aus freien Wahlen hervorgegangene - Volkskammer der DDR wählte am 13.11.1989 Hans Modrow, SED, in offener Abstimmung mit einer Gegenstimme zum neuen Ministerpräsidenten. Modrow bildete ein Koalitionskabinett aus der SED und den Blockparteien LDPD, NDPD, CDU und DBD.³

Ergebnisse der friedlichen Revolution bis November/ Dezember 1989

Oppositionelle Bewegungen, Massendemonstrationen, Massenflucht und öffentliche Proteste hatten bis Mitte Nov. 1989 zwar nur einen teilweisen Austausch in der Führungsschicht der SED und die Wahl eines reformfreudigeren kommunistischen Ministerpräsidenten bewirkt, aber durch die Grenzöffnungen und den immer stärker werdenden Ruf der Demonstranten „Wir sind ein Volk!“ waren die Fundamente der kommunistischen Herrschaft ins Wanken geraten und der Wunsch der DDR-Bevölkerung nach Vereinigung oder zumindest intensiver Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland stellte eine Herausforderung für alle politisch Handelnden dar. Lediglich die Parteilitze der SED erhoffte sich noch einen Erhalt des politischen Systems mittels einiger, marginaler Reformprojekte, die jedoch von den protestierenden Bürgern als unzureichende Makulatur abgelehnt wurden.

M4 Ende 1989/ Anfang 1990: Deutsch-deutsche Interaktionen**Die Bundesregierung hatte folgende Ziele:**

Für die demokratischen Prozesse in der DDR und für die deutsch-deutschen Beziehungen sollte eine Struktur- und Entwicklungsperspektive geboten werden. Ohne Absprache mit den westlichen Alliierten stellte Bundeskanzler Helmut Kohl am 28.11.1989 dem Deutschen Bundestag das Zehn-Punkte-Programm zur Überwindung der Teilung Deutschlands und Europas vor:

³ Eine gelungene Zusammenstellung von wichtigen Primärquellen über den Zerfall der DDR und des SED-Regimes anhand interner Regierungsunterlagen liefert Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.) „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“ Interne Dokumente zum Zerfall von SED und DDR 1988/89, Berlin 1994.

- Sofortmaßnahmen zugunsten der DDR, welche sich besonders durch die Fluchtbewegungen und den Reiseverkehr ergeben;
- Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der DDR, besonders im wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technologischen, kulturellen und im ökologischen Bereich;
- Umfassende wirtschaftliche Hilfe bei grundlegendem, unumkehrbarem Wandel in der DDR im Wirtschaftssystem (marktwirtschaftliche Bedingungen, welche privatwirtschaftliche Betätigung ermöglichen) und im politischen System (freie Wahlen, Beteiligung oppositioneller Gruppen, Aufhebung des Machtmonopols der SED);
- Vertragsgemeinschaft: ein immer dichteres Netz von Vereinbarungen in allen Bereichen und auf allen Ebenen;
- Entwicklung konföderativer Strukturen mit dem Ziel, eine Föderation, also eine bundesstaatliche Ordnung in Deutschland zu schaffen;
- Einbettung der innerdeutschen Beziehungen in den gesamteuropäischen Prozess;
- Weiterentwicklung der europäischen Integration und Offenheit der europäischen Gemeinschaft nach Osten hin;
- Weiterentwicklung des KSZE-Prozesses;
- Weiterentwicklung der Abrüstung und Rüstungskontrolle;
- Die Politik der Bundesregierung muss auf einen Zustand des Friedens in Europa hinwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangen kann.

Entwicklung in der DDR und deutsch-deutsche Interaktionen

Die SED gibt am 1.12.1989 ihren verfassungsrechtlich garantierten Führungsanspruch (vgl. Art. I der DDR-Verfassung) auf.

Die Regierung der DDR ist wegen der Demonstrationen, der Fluchtbewegung und wegen der schlechten Wirtschaftslage zu weiteren Reformen und zur Zusammenarbeit mit oppositionellen Gruppen sowie zur Zusammenarbeit mit der Bundesregierung gezwungen. Am 7.12. 1989 Beginn der Gespräche am „Runden Tisch“ in Ost-Berlin.

Teilnehmer:

- Neue Parteien und Organisationen Initiative „Vereinigte Linke“/SPD (ab 13.1.1990: SPD/Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ / Bürgerbewegung „Neues Forum“/Grüne Partei „Initiative Frieden und Menschenrechte“ Grüne Liga/bäuerlicher unabhängiger Frauenverband/Partei „Demokratischer Aufbruch“).
- Alte Parteien und Organisationen SED, ab 16.12.89: SED/PDS; ab 4.2.90: PDS/LDPD, ab 1.2.1990: LPD/NDPD/DBD/CDU/Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe/FDGB.

Allparteienregierung: um die politische und ökonomische Situation zu stabilisieren, beteiligen sich alle am Runden Tisch vertretenen Oppositionsparteien und Gruppierungen an der Regierung Modrow (28.1.1990).

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

Dem Ziel der Stabilisierung der Situation in Gesamtdeutschland diene schon das Treffen von Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Modrow in Dresden am 19.12.1989. Der westdeutsche Bundeskanzler wird von der DDR-Bevölkerung begeistert empfangen. Beide Politiker verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung zur Entwicklung einer Vertragsgemeinschaft zwischen den beiden deutschen Staaten.

Der Ministerpräsident der DDR, Hans Modrow (SED/PDS), legt am 1.2.1990 einen Stufenplan zur Deutschen Einheit vor. Er geht davon aus, dass die Vereinigung der beiden deutschen Staaten auf „die Tagesordnung rückt“ und schlägt folgende Schritte vor:

- Vertragsgemeinschaft mit konföderativen Elementen (Wirtschafts-, Währungs- und Verkehrsunion sowie Rechtsangleichung);
- Konföderation von DDR und BRD mit gemeinsamen Organen und Institutionen;
- Übertragung von Souveränitätsrechten auf die Machtorgane dieser Konföderation;
- Bildung eines einheitlichen deutschen Staates in Form einer Föderation.

Während die Bundesregierung das Bekenntnis zur deutschen Einheit und die zentralen Aspekte des Stufenplanes begrüßte, lehnt sie eine von Modrow genannte Voraussetzung für diesen Entwicklungsprozess - die militärische , Neutralität von DDR und BRD auf dem Weg zur Föderation - kategorisch ab.

M5 Die staatliche Einheit in der innenpolitischen Kontroverse im Dezember 1989

Willy Brandts Position:

Am gleichen 18. Dezember 1989, es war sein 76. Geburtstag, sprach Willy Brandt auf dem Parteitag (Berliner Programmparteitag der SPD, C. D.). Im Mittelpunkt seiner Rede stand die deutsche Frage. Nichts werde wieder, wie es einmal gewesen sei, sagte der Ehrenvorsitzende. «Wir können helfen, dass zusammenwächst, was zusammengehört ... Eine Wiedervereinigung von Teilen, die so noch nie zusammen waren, wird es nicht geben; eine Rückkehr zum <Reich> erst recht nicht. Das und nichts anderes war die <Lebenslüge> der 50er Jahre, an der ich ja auch mal beteiligt war, die aber weiter zu pflegen ich nicht für richtig hielt.»

Dem konnten auch Sozialdemokraten zustimmen, die weniger national dachten als Brandt. Doch dann stellte der Redner Überlegungen an, die vielen Zuhörern Schwierigkeiten bereiteten. Brandt warnte davor, mit der Lösung der deutschen Frage zu warten, bis Europa sich geeinigt hatte. «Es wäre müßig, wenn wir uns jetzt — hüben wie drüben — mit einer gewissen deutschen Gründlichkeit in das Thema vertieften, unter welcher Art von gemeinsamem Dach wir in Zukunft leben werden. Doch wenn es wahr ist, daß die Teile Europas zusammenwachsen, was ist dann natürlicher, als daß die Deutschen in den Bereichen, in denen sie mehr als andere in Europa gemeinsam haben, enger miteinander kooperieren. Denn nirgends steht auch geschrieben, dass sie, die Deutschen, auf einem Abstellgleis zu verharren haben, bis irgendwann ein gesamteuropäischer Zug den Bahnhof erreicht hat. Das ist nicht das, was in meinem Verständnis Einbettung bedeutet. Allerdings gebe ich gern zu, dass beide Züge, der gesamteuropäische und der deutsche, bei ihren Fahrten vernünftig zu koordinieren sind. Denn wer hätte etwas davon, wenn sie irgendwo auf der Strecke zusammenstießen?» (Winkler, Heinrich A., Der lange Weg nach Westen, 2.Bde, 6. Aufl., München 2005, S. 536 f..)

Die Position von Oskar Lafontaine

Lafontaine versicherte zwar, dass auch Sozialdemokraten ein «stärkeres Zusammenrücken der Menschen in der DDR und in der Bundesrepublik» wollten, fügte aber unter

lebhaftem Beifall hinzu: «Wir haben die Idee der Einheit nie als abstrakte Idee eines Staates begriffen, sondern als ein Zusammenkommen und ein Zusammengehen der Menschen ... Gefragt nach der deutschen Einheit, habe ich immer wieder gesagt: Entscheidend für mich ist, dass es meinen Freunden in Leipzig, Dresden und überall in der DDR genau so geht wie mir oder meinen Freunden in Wien. Das ist das entscheidende Projekt der Zukunft, Genossinnen und Genossen.»

Die Frage der staatlichen Organisation sei demgegenüber eine «zweite Frage». Sie bleibe zur Lösung der internationalen Probleme wichtig. «Aber vor allem muß doch auch für uns hier in der Bundesrepublik die Idee der sozialen Gerechtigkeit stehen. Die Idee der sozialen Gerechtigkeit ist immer vorrangig gegenüber der Idee, wie zukünftige Staaten zu schaffen seien. [...] Klarer, als es Lafontaine in seiner Rede vom 19. Dezember 1989 auf dem Berliner Parteitag der SPD tat, konnte ein westdeutscher Politiker den Deutschen in der DDR nicht sagen, dass er mit ihnen nicht unter einem gemeinsamen staatlichen Dach zusammenleben wollte. (Winkler, Heinrich A., Der lange Weg nach Westen, 2.Bde, 6. Aufl., München 2005, S. 539)

Die Position von Helmut Kohl

Der 19. Dezember 1989 wurde nicht zum Tag Oskar Lafontaines, sondern Helmut Kohls. Am gleichen Tag, an dem der Ministerpräsident des Saarlandes in Berlin seine Rede gegen die Wiedervereinigung hielt, traf sich der Bundeskanzler mit dem Ministerpräsidenten der DDR in Dresden, um über eine deutsche Vertragsgemeinschaft zu sprechen. Kohls Besuch wurde zu einer Kundgebung für die Wiedervereinigung und zu einem persönlichen Triumph für den Bonner Regierungschef. Wo immer der Kanzler erschien, wurde er mit «Helmut, Helmut»-Rufen jubelt. Auf einem Transparent war zu lesen «Bundesland Sachsen begrüßt den Bundeskanzler». Der Platz vor der Ruine der Frauenkirche, auf dem Kohl am Nachmittag auf Vorschlag von Oberbürgermeister Berghofer eine ursprünglich nicht geplante, kurze Ansprache hielt, glich einem Meer von schwarz-rot-goldenen Fahnen. Die Dresdner riefen «Deutschland, Deutschland», «Einheit, Einheit» und «Deutschland einig Vaterland».

Die Rede vor der Frauenkirche stellte hohe Anforderungen an den Bundeskanzler. Er mußte den Empfindungen der Menschen gerecht werden, durfte aber keine falschen Erwartungen wecken; er mußte auf den Ruf nach Einheit eingehen, aber zugleich alles vermeiden, was die Krise in der DDR zuspitzen und das Ausland beunruhigen konnte. Kohl löste die Aufgabe mit Bravour. «Wir wollen und wir werden niemanden bevormunden», sagte er. «Wir respektieren das, was Sie entscheiden für die Zukunft des Landes. Wir lassen unsere Landsleute in der DDR nicht in Stich. Und wir wissen, wie schwierig dieser Weg in die Zukunft ist. Aber ich rufe Ihnen auch zu: Gemeinsam werden wir den Weg in die deutsche Zukunft schaffen ... Wir wollen, daß die Menschen sich hier wohl fühlen, wir wollen, daß sie in ihrer Heimat bleiben und hier ihr Glück finden können. Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt, die Einheit unserer Nation. Und liebe Freunde, ich weiß, daß wir das Ziel erreichen können und daß die Stunde kommt, wenn wir gemeinsam dafür arbeiten, wenn wir das mit Vernunft und Augenmaß tun, und mit Sinn für das Mögliche ... Das Haus Deutschland, unser Haus muß unter einem europäischen Dach gebaut werden, das muß das Ziel unserer Politik sein ... Gott segne unser deutsches Vaterland!» Kohl verließ Dresden am 20. Dezember mit der Überzeugung, daß das Regime der DDR vor dem Zusammenbruch stand und es keine Alternative mehr gab zu einer Wiedervereinigung in möglichst naher Zukunft.⁴ (Winkler, Hein-

⁴ Eine ausführliche Darstellung der Ereignisse aus der Sicht Helmut Kohl liefert u.a. seine Autobiografie „Ich wollte Deutschlands Einheit“, Berlin 1996.

M6 Deutsch-deutsche Kooperation und außenpolitische Abklärungen nach den ersten freien Wahlen

Die ersten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR am 18.3.1990 bildeten den Höhepunkt der friedlichen Revolution in der DDR. Sie waren gleichzeitig ein wichtiger Meilenstein bei dem weiteren Einigungsprozess:

- Aus der Wahl ging die „Allianz für Deutschland“ (CDU, DSU und DA) als Sieger hervor; das Wahlergebnis wurde als Votum für die Wiedervereinigung betrachtet:

Wahlergebnisse für die Wahl zur Volkskammer am 18.3.1990:

	Wahlergebnis (in %)	Sitzverteilung
CDU	40,8	163
SPD	21,9	88
PDS	6,4	66
DSU	6,3	25
Liberale	5,3	21
Bündnis 90	2,9	12
DBD	2,2	9
Grüne / UFV	2,0	8
DA	0,9	4
DL	0,8	2
NDPD	0,4	2
Wahlbeteiligung	93,4%	

Quelle: Schöder, Valentin, Wahlen in der DDR, unter <<http://www.wahlen-in-deutschland.de/bovk.htm>> am 17.11.2008.

- Nachdem die DDR-Volkskammer Lothar de Maizière (CDU) am 12.4.1990 zum Ministerpräsidenten gewählt hatte und nachdem eine erstmals demokratisch zustande gekommene Koalitionsregierung aus der Allianz für Deutschland, der SPD und den Liberalen ihre Arbeit aufgenommen hatte, war der Weg frei für die Entwicklung einer Vertragsgemeinschaft der Bundesrepublik Deutschland und der DDR.

Schon am 18.5.1990 wurde der I. Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR in Bonn unterzeichnet; die vereinbarte Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik und der DDR trat am 1.7.1990 in Kraft.

Mit der damit verbundenen Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR und mit der Einführung der DM als gesetzlichem Zahlungsmittel (ab 1.7.1990) sollte ein Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung der DDR geleistet und ein Abbruch der Ausreisewelle herbeigeführt werden.

Errichtung demokratischer politischer Strukturen auf kommunaler Ebene und auf Landesebene

Mit dem ersten Kommunalwahlen am 6.5.1990 begann der Aufbau demokratischer Strukturen auf der Länder- und Kommunalebene: die Volkskammer der DDR beschloss am 22.7.1990, dass die 5 ehemaligen Länder der DDR nach den Landtagswahlen am 14.10. wiedererstehen sollten.

Außenpolitische Abklärungen

Außenpolitische Klärungsprozesse sicherten den Einigungsprozess ab:

Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens am 21.6.1990 durch gleich lautende Erklärungen des Bundestages und der Volkskammer. Bei Gesprächen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und dem sowjetischen Partei- und Staatschef Michail Gorbatschow im Kaukasus am 15.7.1990 erklärte sich Gorbatschow damit einverstanden, dass das vereinigte Deutschland frei entscheiden könne, welchem Bündnissystem es angehören wolle. Dieses Gesprächsergebnis ist der entscheidende außenpolitische Durchbruch für die Verwirklichung der Deutschen Einheit, weil die Sowjetunion letztlich die Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der NATO (welche sich in ihrer Funktion und in ihrer Struktur verändert und mit der die Sowjetunion zusammenarbeiten will) akzeptiert.

Deutsche Einheit und Festigung der außenpolitischen Strukturen

Nachdem die Volkskammer, das I. frei gewählte Parlament der DDR, am 23.8.1990 mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 GG mit Wirkung vom 3.10.1990 beschlossen hatte, konnte die Deutsche Einheit auf der Grundlage des Einigungsvertrages und auf der Grundlage des Abschlussdokumentes der Zwei-plus-Vier-Gespräche vollzogen werden.

Der Einigungsvertrag

Der Vertrag über die „Herstellung der Einheit Deutschlands“, der Einigungsvertrag, wurde am 31.8.1990 in Berlin von den Verhandlungsführern Innenminister Wolfgang Schäuble und dem parlamentarischen Staatssekretär beim DDR-Ministerium, Günther Krause, unterzeichnet und am 20.-21.9.1990 von beiden Staatsparlamenten in Ost- und Westdeutschland mit den notwendigen 2/3 Mehrheiten gebilligt.

Wichtige Inhalte

Kapitel I: Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland nach Art. 23 GG werden die fünf ostdeutschen Länder Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland (Art. 1). Berlin wird Bundeshauptstadt und der 3. Oktober ist Tag der Deutschen Einheit (Art. 2).

Kapitel II enthält Grundgesetzänderungen, welche nach der Herstellung der Deutschen Einheit notwendig sind (Art. 4): Die Neufassung der Präambel des Grundgesetzes verweist nun darauf, dass die Deutschen in den 16 Bundesländern in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet haben und somit das Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk gilt. Art. 23 GG, nach dem andere Teile Deutschlands dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beitreten konnten, wurde aufgehoben. In dem neugefassten Art. 146 GG wird darauf hingewiesen, dass das Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk gilt; das Grundgesetz verliert also seinen provisorischen Charak-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

www.DDRMythen.de

ter. Kapitel II, Art. 5 beschreibt künftige Verfassungsänderungen (vgl. S. 41 ff., bes. S. 43).

Kapitel III regelt die Rechtsangleichung: Das Recht der DDR bleibt in Kraft, soweit es nicht dem Grundgesetz und dem Recht der Europäischen Gemeinschaft widerspricht (Art. 9). Das Recht der Europäischen Gemeinschaft gilt auch für die neuen Bundesländer (Art. 10).

Kapitel IV regelt völkerrechtliche Verträge und Vereinbarungen: die Verträge der Bundesregierung Deutschland gelten auch für die neuen Bundesländer (Art. 11).

Kapitel V behandelt die öffentliche Verwaltung und die Rechtspflege, einschließlich der Rehabilitierung der Opfer einer politisch motivierten Strafverfolgungsmaßnahme in der DDR (Art. 17) und des Rechtes der durch ein Strafgericht der DDR Verurteilten.

Kapitel VI regelt „öffentliches Vermögen und Schulden“, einschließlich des Treuhandvermögens, also der Beauftragung der Treuhandanstalt, die früheren volkseigenen Betriebe wettbewerblich zu strukturieren und zu privatisieren (Art. 25).

Kapitel VII: Arbeit, Soziales, Familien, Frauen, Gesundheitswesen und Umweltschutz

Kapitel VIII: Kultur, Bildung und Wissenschaft, Sport Kapitel IX: Übergangs- und Schlussbestimmungen

In Anlage I–III sind Bestimmungen zur Überleitung von Bundesrecht und zur Frage, welches DDR-Recht in Kraft bleibt (z. B. auch zur Lagerung der Stasi-Akten) sowie zu Vermögensfragen enthalten.

Der Zwei-plus-Vier-Vertrag

Mit dem am 12.9.1990 in Moskau von den Außenministern der BRD, der DDR, Frankreichs, Großbritanniens, der Sowjetunion und der USA unterzeichneten Zwei-plus-Vier-Vertrag erhielt das vereinigte Deutschland seine volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Die Außengrenzen des vereinigten Deutschlands sind endgültig festgelegt.

Wichtige Inhalte

Präambel: Bekenntnis zum Frieden und zu den Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen und der Schlussakte der KSZE. Deutschland wird als Staat mit endgültigen Grenzen einen bedeutsamen Beitrag zu Frieden und Stabilität in Europa leisten können und die Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes verlieren ihre Bedeutung.

Art. 1: Das vereinigte Deutschland besteht aus dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und aus dem Gebiet von ganz Berlin. Die Grenzen sind endgültig, das vereinigte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird auch solche in Zukunft nicht erheben.

Art. 2: Von deutschem Boden wird nur Frieden ausgehen, das vereinigte Deutschland wird seine Waffen nur in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen einsetzen.

Art. 3: Verzicht auf den Besitz und auf die Verfügungsgewalt von atomaren, biologischen und chemischen Waffen und Beobachtung der Rechte und Pflichten aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Die Personalstärke der Bundeswehr wird auf 370 000 Mann reduziert.

Art. 4: Das vereinigte Deutschland und die Sowjetunion regeln die Abwicklung des Abzugs der sowjetischen Streitkräfte aus dem Gebiet der DDR.

Art. 5: Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen werden auf dem Gebiet der DDR keine NATO-Streitkräfte stationiert sein. Bis zum Abzug der sowjetischen Truppen werden in Berlin Truppen der USA, Frankreichs und Großbritanniens stationiert sein. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR werden keine Atomwaffen stationiert.

Art. 6: Das vereinigte Deutschland kann über die Bündniszugehörigkeit frei entscheiden.

Art. 7: Da die Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in Bezug auf Berlin und auf Deutschland als Ganzes beendet sind, werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vielseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst.

Das vereinigte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.

Die Artikel 8, 9 und 10 regeln die näheren Umstände des Ratifikationsverfahrens.

M7 Kommentare zur deutschen Wiedervereinigung: François Mitterrand, Margaret Thatcher, Michail Gorbatschow, George Bush

Der französische Staatspräsident François Mitterrand

1.) „Der demokratische Prozess ist kinderleicht: Die Ostdeutschen und die Westdeutschen werden wählen. Wenn sie gewählt haben, werden sie Abgeordnete haben. Unter diesen Abgeordneten werden sich Mehrheiten abzeichnen, aus diesen Mehrheiten werden Regierungen entstehen, die Programme haben, Botschaften. Wenn diese Botschaft auf beiden Seiten „sofortige Vereinigung“ heißt, wird sich das Problem demokratisch gestellt haben. Ich habe von Anfang an die Bedingung genannt — das war Anfang November, vor den Ereignissen vom 9. November, am 3. November in Bonn im Anschluss an die deutsch-französischen Konsultationen. Ich habe gesagt: „Der demokratische Weg und der friedliche Weg.“ Nun, der demokratische Weg wäre damit erfüllt. Was den friedlichen Weg angeht, so muss er festgelegt werden. 45 Jahre sind vergangen, und ich werde den Deutschen keine Lehren erteilen, das Recht gestehe ich mir nicht zu. Ich habe nicht die Absicht, sie zu bevormunden, Deutschland zu sagen: Wir werden uns Ihnen gegenüber so verhalten, als hätten wir gerade den Konflikt hinter uns, in dem wir Gegner waren. Das sind schon neue Generationen, das ist eine neue Seite der Geschichte, daher weigere ich mich persönlich, davon auszugehen, man könne die Deutschen

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

behandeln, als stünden sie unter Vormundschaft.“

Quelle: Pressekonferenz am 22. Dezember 1989, in: *Europa-Archiv, Folge 417990, S. D97*

www.DDRMythen.de

2.) „Man muss sich jedesmal freuen, wenn ein demokratisch konsultiertes Volk sich für die Einheit entscheidet. Deswegen habe ich hier keine Vorbehalte. [...] Die Konsequenzen (der deutschen) Einigung bestehen darin, dass die Deutschen sich für die Achtung der Grenzen in Europa einsetzen müssen. [...] Zweitens muss Deutschland — und dazu ist es im Übrigen Kanzler Kohl zufolge auch vorbehaltlos bereit — sich in der Europäischen Gemeinschaft ganz klar für die politische Union und die Wirtschafts- und Währungsunion engagieren [...]. Das deutsche Problem darf nicht an die Stelle des Gemeinschaftsproblems treten.

[...] Als Westdeutschland [...] in Bezug auf die Unantastbarkeit der polnischen Grenze, der Oder-Neiße-Linie, zögerte und sich [...] mehr mit deutschen Problemen als mit die Gemeinschaft unmittelbar bewegenden Problemen befasste, habe ich ohne Unterlass und auf die Gefahr hin, einen Teil der Presse zu irritieren, weiterhin an meinem Ja zur Wiedervereinigung festgehalten. [...] Ich denke, Westdeutschland, dessen Wirtschaft im Gegensatz zu der Ostdeutschlands floriert, wird sehr damit beschäftigt sein, die Währungsunion zwischen den beiden Ländern in Gang zu bringen, und dies lässt wirtschaftliche Spannungen erwarten, die die deutschen Wirtschaftsführer nicht so leicht werden überwinden können. [...]

Wir sind mit der Geschichte vertraut. Seit 1000 Jahren schon sind wir die Nachbarn der Deutschen. Diese waren immer schon ein großes Volk, das manchmal vereinigt, meist aber geteilt war. [...] Um das deutsche Problem in den Griff zu bekommen, muss man aber das Problem des deutsch-französischen Paares hinausblicken — dabei muss man allerdings darauf achten, dass es zusammenhält — und sich mit dem Problem Gesamteuropas auseinandersetzen.“

Quelle: Rundfunkinterview vom 25. März 1990, abgedr. in: *BpB (Hrsg.), Der Weg zur Einheit (= Informationen zur politischen Bildung, Nr. 250), München 2000.*

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher

„Der wahre Ursprung der deutschen Angst (im Original deutsch; A. d. Ü.) ist die Qual der Selbsterkenntnis. Wie ich bereits erklärt habe, ist das einer der Gründe, warum so viele Deutsche aufrichtig — und wie ich meine, irrigerweise — Deutschland in ein föderatives Europa eingebettet wissen wollen. Es ist doch wahrscheinlich, dass Deutschland in einem solchen Gefüge die Führungsrolle einnehmen würde, denn ein wiedervereinigtes Deutschland ist schlichtweg viel zu groß und zu mächtig, als dass es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld wäre. Überdies hat Deutschland sich immer auch nach Osten hin orientiert, nicht nur in Richtung Westen, obwohl die moderne Version solcher Tendenzen eher auf wirtschaftliche denn auf kriegerische territoriale Expansion abzielt. Daher ist Deutschland vom Westen her eher eine destabilisierende als eine stabilisierende Kraft im europäischen Gefüge. Nur das militärische und politische Engagement der USA in Europa und die engen Beziehungen zwischen den beiden anderen starken, souveränen Staaten Europas, nämlich Großbritannien und Frankreich, können ein Gleichgewicht zur Stärke der Deutschen bilden. In einem europäischen Superstaat wäre dergleichen niemals möglich.

Ein Hindernis auf dem Weg zu einem solchen Gleichgewicht der Kräfte war zu meiner Amtszeit die Weigerung des von Präsident Mitterrand regierten Frankreich, französischen Instinkten zu folgen und den deutschen Interessen den Kampf anzusagen. Denn

das hätte bedeutet, die französisch-deutsche Achse aufzugeben, auf die Mitterrand sich stützte.“

Quelle: *Thatcher, Margaret, Downing Street No. 70. Die Erinnerungen, 2. Auflage, Düsseldorf 1993, S. 1095f*

Der sowjetische Präsident Michail Gorbatschow

„Mir scheint, es gibt sowohl bei den Deutschen in West und Ost als auch bei den Vertretern der vier Mächte ein gewisses Einverständnis darüber, dass die Vereinigung der Deutschen niemals und von niemandem prinzipiell in Zweifel gezogen wurde. Wir haben immer gesagt [...], dass die Geschichte den Gang der Dinge beeinflusst. So wird es auch in Zukunft sein, wenn sich die deutsche Frage praktisch stellt. [...]

In der europäischen wie in der Weltpolitik, ja wir alle in der DDR, in der BRD, in allen europäischen Hauptstädten, erst recht in denen der vier Mächte, müssen jetzt verantwortungsbewusst handeln. [...]

Es geht hier um eine Frage, die sowohl das Schicksal der Deutschen in der DDR als auch der Deutschen in der BRD betrifft. Sie muss verantwortungsbewusst diskutiert werden. Auf der Straße ist sie nicht zu lösen. Für mich sind die Ausgangspunkte klar. [...] Es gibt zwei deutsche Staaten, es gibt die vier Mächte, es gibt den europäischen Prozess, und der verläuft genauso stürmisch. All das muss in Einklang miteinander gebracht werden. Das liegt in unserem gemeinsamen Interesse. [...]

Auf keinen Fall darf man die Interessen der Deutschen schmälern, denn ich bin für einen realistischen Prozess. Wenn wir sagen, die Geschichte wird die Dinge entscheiden, und ich habe das viele Male getan, dann wird das auch so sein, und ich glaube, dass sie bereits ihre Korrekturen einbringt.“

Quelle: *Rundfunkinterview am 30. Januar 1990, in: Deutschland Archiv 3/1990, 5.468.*

US-Präsident George Bush

„[...] Ich teile die Sorge mancher europäischer Länder über ein wiedervereinigtes Deutschland nicht, weil ich glaube, dass Deutschlands Bindung an und Verständnis für die Wichtigkeit des (atlantischen) Bündnisses unerschütterlich ist. Und ich sehe nicht, was einige befürchten, dass Deutschland, um die Wiedervereinigung zu erlangen, einen neutralistischen Weg einschlägt, der es in Widerspruch oder potenziellen Widerspruch zu seinen NATO-Partnern bringt. [...]

Trotzdem glaube ich nicht, dass wir den Begriff der Wiedervereinigung forcieren oder Fahrpläne aufstellen und über den Atlantik hinweg unsererseits eine Menge neuer Verlautbarungen zu diesem Thema machen sollten. Sie braucht Zeit. Sie benötigt eine vorsichtige Entwicklung. Sie verlangt Arbeit zwischen ihnen (den Deutschen) [...] und Verständnis zwischen den Franzosen und Deutschen, den Engländern und Deutschen über alle diese (Fragen). Aber das Thema ist so viel wichtiger und zentraler geworden [...] wegen der schnellen Veränderungen, welche in Ostdeutschland stattfinden. [...]

Und wer weiß, wie sich Herr Krenz entwickeln wird? Wird er nur eine Verlängerung des Honeckerschen Standpunkts oder etwas anderes sein? Ich glaube nicht, dass er dem Wandel völlig widerstehen kann.“

Quelle: *George Bush in der New York Times vom 25. Oktober 1989. (Das gesamte Interview ist nachzulesen unter: <*

3.2 Arbeitsaufträge für die gesamte Unterrichtsreihe:

1. Stellen Sie die Dimensionen der deutschen Frage vor der Wiedervereinigung dar, indem Sie dabei die Struktur des Ost-West-Konfliktes (M 1) erläutern.
2. Analysieren und gewichten Sie die Gründe für den deutschen Einigungsprozess:
 - unterscheiden Sie zwischen verschiedenen Interaktionspartnern und den jeweiligen gegenseitigen Beeinflussungen (Berücksichtigung „Modell Interaktionsstruktur“);
 - berücksichtigen Sie die Veränderungen der internationalen Beziehungen (M 2);
 - ziehen Sie den Verlauf der friedlichen Revolution in Ihre Überlegungen ein (M 3);
 - analysieren und beurteilen Sie die Entwicklung der innerdeutschen Beziehungen (M 4), indem Sie die innenpolitischen Kontroversen bei Ihren Überlegungen berücksichtigen (M 5).
3. Beschreiben Sie die innenpolitische Struktur sowie die außenpolitische Einbindung und Orientierung des vereinten Deutschland (M 6) und beurteilen Sie die entsprechenden Regelungen und politischen Orientierungen im Lichte der in M 7 wiedergegebenen Kommentare zur Wiedervereinigung.

www.DDRMythen.de

Driftmann, Markus, Die Bonner Deutschlandpolitik 1989/90. Eine Analyse der deutsch-landpolitischen Entscheidungsprozesse angesichts des Zerfalls der DDR, Münster 2005.

Deichmann, Carl (Hrsg.) Politisch denken, politisch handeln. Sozialkunde für die SekII, Leipzig 2009.

Deichmann, Carl, Abiturwissen, Der Weg zur Einheit und das vereinigte Deutschland, 2. aktual. Aufl., Stuttgart 2000.

Görtemaker, Manfred, Der Weg zur Einheit (= Informationen zur politischen Bildung, H. 250), Bonn 2005.

Kettenburg, Stefan, Der deutsche Vereinigungsprozess und die „innere Einheit“ (=Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 40), Hamburg 2004.

Tofahrn, Klaus W., Chronologie der Wiedervereinigung Deutschlands, Hamburg 2004.

Weber, Hermann, Geschichte der DDR, 3., durchgesehene Aufl., München 2004.

Weidenfeld, Werner / Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Einheit (=Schriftenreihe der BpB, Bd. 363), Bonn 1999.

Winkler, Heinrich A., Der lange Weg nach Westen, 2.Bde, 6. durchges. Aufl., München 2005.